

Bildungsungleichheit als Kardinalproblem deutscher Schulen ... und was dagegen hilft

Carolin Butterwegge/Christoph Butterwegge

Während der Covid-19-Pandemie ist die Bildungsungleichheit der Kinder hierzulande mehr Menschen bewusst geworden. Der wiederholte Lockdown hat gezeigt, dass Laptops und funktionierende Server im Homeschooling die Lehrer:innen beim vor der Pandemie vielleicht kaum geschätzten Präsenzunterricht im Klassenzimmer ebenso wenig ersetzen können wie Videokonferenzen oder Chats den persönlichen Kontakt zwischen Jugendlichen. Erziehung und Bildung im emphatischen Sinn brauchen die Begegnung, den Austausch sowie die Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden.

Schon vor der Pandemie waren die Chancen von Kindern auf eine erfolgreiche Bildung in Abhängigkeit von der sozioökonomischen Lage ihrer Familien höchst ungleich verteilt. Denn oft fehlt armen Kindern ein eigenes Zimmer und damit ein ruhiger Arbeitsplatz zum konzentrierten Lernen. Daher schuf das Distanzlernen noch mehr Lerndistanz ausgerechnet bei Kindern, die man in der (Medien-)Öffentlichkeit ohnehin als „bildungsfern“ abqualifiziert. Kinder und Jugendliche ohne einen WLAN-Anschluss im Elternhaus und eigene digitale Endgeräte wurden regelrecht abgehängt, Kinder mit guter technischer Ausstattung und stabiler Internetverbindung zogen sich häufiger in eine virtuelle Welt zurück.

Die monatelangen Schulschließungen während der Pandemie haben Kinder und Jugendliche noch stärker auf ihre Lebens- und Wohnbedingungen zurückgeworfen, deren Ungleichheit voll auf die Bildungschancen durchschlugen: Schließlich hielten sich die Schüler mehr im eigenen Zimmer oder im Wohnzimmer der Familie als im Klassenraum auf. Insbesondere sozi-

al benachteiligten Familien fehlten die für eine Unterstützung bei den Hausaufgaben benötigten Ressourcen, als da sind: genügend Freizeit, um sich eingehend mit den Kindern befassen zu können; ausreichend finanzielle Mittel, um erforderliche Nachhilfestunden bezahlen zu können; gute schulische Kenntnisse und pädagogisch-didaktische Kompetenzen.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Bildungsungleichheit

Eine weitere Verbreitung der Ganztagschule und der von Bundestag und Bundesrat für 2026/27 beschlossene Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen können der Bildungsungleichheit entgegenwirken, zumindest dann, wenn multiprofessionelle Teams anregungsreiche und vielfältige (Förder-)Angebote im Sinn eines „guten Ganztags“ für Schüler:innen jeder Herkunft machen würden. Für den Ganztagsausbau sind erhebliche Investitionen notwendig, nicht bloß im personellen Bereich für Fachkraftstellen wie Erzieher:innen oder Sozialpädagog:innen, sondern auch für Investitionen in Gebäude und Schulausstattung. Wenn das Startchancen-Programm der Ampel-Koalition trotz seines Stolperstarts dem erklärten Ziel, 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler:innen mindestens zehn Jahre lang mit einem Gesamtvolumen von mehreren Milliarden Euro zu fördern, halbwegs gerecht wird, kann es die Bildungsungleichheit reduzieren helfen.

Hätten die deutschen Schulen ähnlich viel Lehrpersonal wie diejenigen in den skandinavischen Ländern, wo „Teamteaching“ kein Fremdwort ist, weil das gemeinsame Unterrichten einer Klasse durch mindestens zwei Lehrkräfte zum Berufsalltag gehört, und würden hier genauso viele Schulsozialarbeiter:innen und Schulpsycholog:innen wie dort beschäftigt, wären nicht bloß geringere Probleme beim Übergang zum Wechselunterricht aufgetreten, sondern

auch erheblich weniger Kinder aus sozial benachteiligten Familien durch Fernunterricht gestresst worden oder ganz auf der Strecke gelieben.

So wichtig mehr öffentliche Ganztagsbetreuung für Kinder aller Jahrgangsstufen ist, so wenig kann sie allein Bildung von der sozialen Herkunft entkoppeln. Gleichwohl stößt die öffentliche Reformdebatte selten bis zu den Wurzeln des Problems, der Mehrgliedrigkeit des Schulwesens, vor. Wer jedoch von der Gesamt- bzw. der Gemeinschaftsschule für Kinder aller Bevölkerungsschichten nicht sprechen will, sollte auch von der Ganztagschule schweigen. Letztere war stets ein Ziel reformpädagogischer Bemühungen, degeneriert aber zur bloßen Verwahranstalt, wenn sie nicht in ein bildungspolitisches Alternativkonzept integriert wird, das soziale Selektion ausschließt.

Unter den Strategien zur Reduktion der hohen Selektion nach sozialer Herkunft der Schüler:innen ist die umfassendste und erfolgversprechendste, das herkömmlich

Besonders der außergewöhnlich frühe Selektionszeitpunkt steht in der Kritik.

gegliederte Schulsystem durch ein inklusives Schulsystem zu ersetzen. Ziel wäre „eine Schule für alle“ von der ersten Klasse bis zur Jahrgangsstufe 10 bzw. 13 nach skandinavischem Vorbild, um damit

den für die Entstehung von Bildungsungleichheit bedeutsamsten selektiven Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulformen ganz abzuschaffen. Damit ginge nicht nur die Umwandlung von Haupt- und Realschulen, sondern in letzter Konsequenz auch die Abschaffung des Gymnasiums als Schulform einher.

Besonders der im internationalen Vergleich außergewöhnlich frühe Selektionszeitpunkt, den die Schulgesetze der meisten Bundesländer nach der vierten Grundschulklasse für den Übergang auf weiterführende Schulen vorsehen, steht in der Kritik, weil er dazu beiträgt, die ungleichen Bildungschancen von Kindern nach der sozialen Herkunft zu zementieren. Ein späterer Übergangszeitpunkt auf eine weiterführende Schulform würde dazu beitragen, die Bildungschancen von der sozialen Herkunft zu

entkoppeln. Zudem bergen die strukturellen Bedingungen an einer Gemeinschaftsschule für alle Schüler:innen einer heterogenen Lerngruppe zunächst einmal die gleiche Chance, ihr Bildungspotenzial zu entfalten. Eine längere gemeinsame (Grund-)Schulzeit kann die Auseinanderentwicklung von Kompetenzen bei Schüler:innen aus benachteiligten und wohlständigen Elternhäusern verringern. Insofern sind Bestrebungen zur Verlängerung der Grundschulzeit, in der alle Kinder gemeinsam eine Schule besuchen, zwar zu begrüßen, lösen aber auch nicht den Kern des Problems.

Möglichkeiten des gemeinsamen Lernens über die Grundschulzeit hinaus in der Sekundarstufe I bieten auch die (nicht in allen Bundesländern etablierten) Gesamtschulen, die Kinder mit allen Schulformempfehlungen ab der fünften Klasse bis zur 10. bzw. 13. Jahrgangsstufe aufnehmen und ihnen alle Schulabschlüsse ermöglichen. Gesamtschulen sind in dieser Hinsicht vergleichbar mit Schulen in einem zweigliedrigen System, weshalb ihr Ausbau von den meisten Kritiker:innen des gegliederten Schulsystems als Schritt hin zu einer Schule für alle befürwortet wird. Gleichwohl ist beispielsweise in Nordrhein-Westfalen festzustellen, dass die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen das vor Ort bestehende Schulplatzangebot regelmäßig übersteigt, weshalb man von Gesamtschulen abgewiesene Schüler:innen immer wieder auf Schulformen des gegliederten Systems verteilt. Gesamtschulen müsste in der kommunalen Schulentwicklungsplanung daher Priorität eingeräumt werden, um Bildungsbenachteiligung abzubauen.

Literatur

- Butterwegge, Carolin/Butterwegge, Christoph: Kinder der Ungleichheit. Wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt, Frankfurt am Main/New York (Campus Verlag) 2021